

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Kongresse und Generalversammlungen.

Siebenter Kongress der deutschen Steinarbeiter.

Breslau, 2. bis 4. Juni 1895.

(Schluß.)

Ferner wird eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß die Steinarbeiter nur aus Zweckmäßigkeitsgründen den „Bauhandwerker“ als Fachorgan behalten und mit den unliebsamen Auseinandersetzungen in demselben nichts zu thun haben. Die Anträge auf Gründung eines eigenen Fachorgans und Anschluß an ein anderes Fachblatt werden abgelehnt und wird beschlossen, den „Bauhandwerker“ als Fachorgan beizubehalten und so viel wie möglich das Blatt in den einzelnen Orten obligatorisch einzuführen.

Auf Veranlassung des Vertreters der Generalkommission wird hierauf zu dem in Aussicht stehenden Gewerkschaftskongress Stellung genommen und über die Beitragsleistung an die Kommission debattiert. Es wird beschlossen, den Kongress durch 2 Delegirte, die sofort gewählt wurden, zu schicken. Auch der in London stattfindende internationale Arbeiterkongress soll durch einen Delegirten befehligt werden, der gleichfalls sofort gewählt wurde. Ein Antrag, die Beiträge an die Generalkommission von jetzt ab regelmäßig zu bezahlen, wird gegen 5 Stimmen abgelehnt. Als Grund für die Ablehnung wurde angeführt, daß die gegen die Generalkommission sich bemerkbar machende Opposition zunächst eine Entscheidung auf dem Gewerkschaftskongress notwendig mache. Die Delegirten sollen über den Ausgang des Kongresses berichten und soll dann durch Urabstimmung beschlossen werden, ob die Beiträge zu zahlen sind.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, „Statistik“, giebt zu einer längeren Debatte keine Veranlassung. Es wird beklagt, daß die Betheiligung an der Statistik eine sehr geringe sei. Wenn die Steinarbeiter sich nicht mehr als bisher für die Statistik interessieren wollen, solle man diese lieber aufgeben.

Der Sitz der Geschäftsleitung bleibt in Berlin. Das Gehalt des Geschäftsführers wird um M. 20 pro Monat erhöht und erhält derselbe jetzt

M. 65 Monatsgehalt. Der nächste Kongress soll in einer Stadt Mitteldeutschlands stattfinden. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Anträge wurde sodann der Kongress geschlossen.

Zweite Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindrucker u. Berufs- genossen Deutschlands.

Nürnberg, 2. u. 3. Juni 1895.

Diese Generalversammlung wurde wichtiger Fragen wegen als eine außerordentliche einberufen. Anwesend waren 25 Delegirte, 2 Mitglieder des Vorstandes, 2 Mitglieder des Ausschusses, der Redakteur der „Graph. Presse“ und der Vorsitzende des Verbandes der Formensetzer und Drucker.

Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Sillier und Kassirer Mescha. Nach diesem Bericht fanden seit der letzten Generalversammlung (Ostern 93) folgende Streiks statt: In Lobberich wegen einer rigorosen Fabrikordnung, welche denn auch von der Firma zurückgezogen wurde. Auch die Behandlung der Arbeiter ist seitdem eine bessere geworden. In Berlin fand ein Streik wegen 35 pZt. Lohnkürzung statt. Auch hier zog die betreffende Firma die Maßnahme zurück und die Streikenden nahmen nach dreitägigem Ausstand die Arbeit wieder auf. In Breslau streifte ein Theil der Lithographen. Die Arbeit wurde leider durch sogenannte Privatlithographen noch billiger angefertigt, wodurch der Streik verloren ging. Ein Streik in Brandenburg bei Kaufmann, an welchem ungefähr 250 Personen theilnahmen, erstreckte sich auch auf die Städte Hamburg, Berlin, Gera und Dresden. Die Firma Kaufmann in Brandenburg versuchte in diesen Städten ihre Arbeiten fertigstellen zu lassen, was aber meist mißlang. Nach 17wöchentlichem Kampfe unterlagen die Streikenden. Die Firma hatte großen Kapitalverlust, denn die Aktien fielen von ja. M. 86 auf 56, bei einem Grundkapital von 1 1/2 Mill. Mark. Ein Streik in Leipzig, der wegen 35—40 pZt. Lohnkürzung entstand, ist noch nicht beendet.

wendig wird, diese Unterstützung aber nur dann in genügender Weise erfolgen kann, wenn eine zweckmäßige, wohlgeleitete Vereinigung sämtlicher Gewerkschaften vorhanden ist,

erklärt die heutige Sitzung der Stuttgarter Gewerkschaftskommission eine dauernde Vereinigung aller Gewerkschaften Deutschlands — wie dieselbe bisher durch die Generalkommission repräsentiert wurde — für dringend notwendig.

Die Gewerkschaftskommission empfiehlt dem nächsten Gewerkschaftskongress, die Vereinigung der Gewerkschaften auf folgender Basis zu beschließen:

1. Die Gewerkschaften Deutschlands treten zu einem Gewerkschaftsbund zusammen.
2. Zugelassen sind sämtliche Zentralorganisationen, sowie Lokalorganisationen solcher Berufe, für welche keine Zentralisation besteht.
3. Die Aufgaben des Bundes sind:
 - a) die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind, zu betreiben;
 - b) die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterschaft zu gestalten und eventuell zusammen zu stellen;
 - c) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;
 - d) ein Zentralorgan herauszugeben, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften zu unterhalten, die nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat;
 - e) die Unterstützung von Streiks in solchen Fällen, wo es den betreffenden Organisationen allein nicht möglich ist, den Kampf siegreich durchzuführen. Die Entscheidung, ob eine solche Unterstützung zu gewähren ist, erfolgt durch Abstimmung der Vorstände der Bundesmitgliederschaften und kann nur an solche gewährt werden. Zur Streikunterstützung hat der Bundesvorstand allgemeine Sammlungen auszusprechen;
 - f) internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten.
4. Die einzelnen Organisationen zahlen an den Bund pro Mitglied und Quartal 5 \mathcal{M} Beitrag. Die Abrechnung hierüber erfolgt vierteljährlich und sind dabei sämtliche Bundesmitgliederschaften mit den von ihnen gezahlten und restierenden Beiträgen aufzuführen.
5. Alle 2 Jahre findet, möglichst im Anschluß an die Generalversammlungen der Einzelverbände, ein Gewerkschaftskongress (Bundesstag) statt. Zur Entsendung von Delegierten sind nur solche Gewerkschaften berechtigt, die Bundesmitglied sind. Auf 3000 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen.

Gewerkschaften, die weniger als 3000 Glieder haben, entsenden ebenfalls Delegierten.

6. Der Gewerkschaftskongress wählt Bundesvorstand, bestehend aus 9 Personen und zwar einen Vorsitzenden, einen Kassierer und 7 Beisitzer. Die Vertreter des Vorsitzenden und des Kassierers, sowie Schriftführer wählt der Vorstand seiner Mitte."

Hierüber entspann sich nun eine langdauernde lebhafteste Debatte, an welcher auch die besondern eingeladenen Zentralvorstände der Holzarbeiter, Buchbinder und Handschuhmacher sich beteiligten. Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes lehnte die Teilnahme an der Sitzung ab. Die wenigsten Ausnahmen erkannten die Redner die Wichtigkeit des Zusammenschlusses der Gewerkschaften durch eine Zentralorganisation wie die Generalkommission an, während andererseits besonders von den Vertretern der Handschuhmacher deren ablehnender Standpunkt erklärt wurde. Unter Anderem wurde von letzteren ausgeführt, daß die Tätigkeit der Generalkommission besser und billiger von örtlichen Gewerkschaftskartellen versehen werden könne, die Generalkommission sei daher überflüssig. Dieselbe habe bisher in keiner Weise ihre Aufgabe erfüllt und das Geld könnte in anderer Weise besser verbraucht werden. Die überwiegende Mehrheit der übrigen Redner trat den Ausführungen entschieden entgegen und erklärte an, daß die Generalkommission bisher in schwierigen Verhältnissen das Mögliche geleistet habe. Die Handschuhmacher sowohl wie der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes hätten korrekt gehandelt, als sie während der Verhandlungen die Beitragszahlung verweigerten, anstatt den nächsten Kongress abzuwarten und dort ihre Forderungen zu stellen. Ein Vertreter der Tabakarbeiter erklärte, daß die Mitglieder ihres Verbandes ebenso sehr als die gesamte Arbeiterschaft dankbar für die kühne Erklärung ihres Vorstandes im „Gewerkschafter“ lasen, daß derselbe die Beziehungen der Generalkommission eigenmächtig gelöst habe. Im Weiteren wurde besonders betont, daß es der größte Fehler sein würde, die Generalkommission wieder zu beseitigen, weil sie nicht allen Erwartungen entsprochen; dagegen müsse darnach getrachtet werden, die einmal notwendig erkannte Institution auszubauen, um so die Möglichkeit zu schaffen, daß der beabsichtigte Nutzen für die Gewerkschaftsbewegung daraus entspringe. Während so die Mehrzahl der Redner sich für den ersten Teil der Resolution erklärte, wurden gegen den zweiten Teil, der von der Neuorganisation handelt, mehrfach Bedenken geäußert, besonders dagegen, der Generalkommission oder dem „Bundesvorstand“ wieder die Streikunterstützung zu übertragen. Jedoch wurde wegen der verstrichenen Zeit dieser zweite Teil unerledigt gelassen; dagegen fand der erste Teil der Resolution in der Nacht 12 $\frac{1}{2}$ Uhr erfolgten Abstimmung mit 20 gegen 7 Stimmen Annahme.

Vorsitzende Sillier
alle der Generals
abgelehnt. Die
indet in Frank-
wurde verpflichtet,
Generalkommission
Tabakarbeiter zur
bei scharf kritisiert.
Gewerkschaftskongress
den als Delegirte
Sillier = Berlin,
Müller = Scheuditz

über die Thätig-
keit"; Verhand-
Nord- und Süd-
sch, der Schweiz,
epflogen worden.
ertrauensmannes
ern den Berliner
sch trachten mögen,
zuberufen. Nach-
das neue Statut
tritt, wurde die

Sammlung
der Schmiederei
men.

4. Juni 1895.

2 Vertreter des
Ausschusses und
Redakteur des

Vorstandes hatte
zwei Jahren mit
kämpfen. So
zu Grunde ge-
n aus der Arbeit
s der Behörden
e Aufmerksamkeit

ang aufgefordert
iß einzureichen,
welche auf der
adezu zur Un-
sie nicht ihre
der Organisation
ng, dieses ein-
langen nachzu-
mandat bedacht
mandat hin vom
Urteil erfolgte,
Landgericht und
ichtig verurtheilt.
ers der Bremer
den Kollegen auf-
1. 10 stündige
pro Woche und
ise. Der Streik
Arbeiter, weil
war, innerhalb

weniger Tage sämtliche freigewordenen Stellen mit Streikbrechern zu besetzen.

Infolge der ungünstigen Kassenverhältnisse hat die Agitation in den letzten zwei Jahren nicht so gepflegt werden können, wie es nothwendig gewesen wäre. Aber auch da, wo agitirt wurde, sei es mündlich oder durch Flugblätter, ist nicht der Erfolg gezeitigt, welcher erwartet wurde. Mit dem Verbands der Gold- und Silberarbeiter ist ein Kartellvertrag geschlossen worden, so daß heute außer mit diesem ein solcher mit den Verbänden der Kupferschmiede und der Former existirt. Der Verein hat heute 1400 Mitglieder in 29 Zahlstellen, gegen 1700 Mitglieder in 35 Zahlstellen im Jahre 1893. Neu errichtet wurden in den letzten zwei Jahren 9, eingegangen dagegen sind 15 Zahlstellen.

Die Gesamteinnahme des Vereins beträgt vom 1. Januar 1893 bis inkl. 1. Quartal 1895 M. 25462,22, die Gesamtausgabe M. 22367,50, verbleibt ein Kassenbestand von M. 3094,72.

Unter den Ausgaben befinden sich für Reiseunterstützung M. 765,20, für die Fachzeitung, den „Bruder Schmied“, M. 9470,72, an Beiträgen an die Generalkommission M. 398,95, für Agitation M. 538,45.

Mit Rücksicht auf die ungünstigen Kassenverhältnisse hatte es der Vorstand für nothwendig gehalten, unter den Mitgliedern darüber eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, ob es nicht zweckmäßig sei, die Generalversammlung noch auf ein Jahr zu verschieben. Der Vorschlag wurde jedoch abgelehnt.

In der ziemlich umfangreichen Diskussion wird seitens der Delegirten die letztere Maßnahme des Vorstandes entschieden verurtheilt, und eine Resolution angenommen, welche eine solche Urabstimmung für eine außerordentliche Maßregel erklärt, die auf statutarische Bestimmungen nicht in Anwendung gebracht werden darf.

Beim Punkt Organfrage wird vom Hauptassirer an der Hand des Kassenberichts nachgewiesen, daß es nothwendig sei, in den Ausgaben Ersparnisse zu machen, denn es sei unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht rathsam, die Mitglieder zur Zahlung höherer Beiträge heranzuziehen. Es wird insolge dessen vom Vorstand in Vorschlag gebracht, den „Bruder Schmied“ anstatt wöchentlich, in Zukunft entweder alle 14 Tage, oder monatlich dreimal erscheinen zu lassen. In der Diskussion wird vom größten Theil der Anwesenden mit Wärme für das wöchentliche Weitererscheinen des Blattes eingetreten, weil es den Kollegen lieb geworden sei, besonders in denjenigen Orten und Gegenden, wo keine politische Arbeiterzeitung erscheint. Die namentliche Abstimmung ergab, daß mit 11 gegen 9 Stimmen beschlossen wurde, daß der „Bruder Schmied“ auch ferner wöchentlich erscheinen soll.

Nach dem Bericht der Preßkommission und darauffolgender Diskussion fand folgender Antrag Annahme: „1. Die Preßkommission hat über die Tendenz des Blattes zu wachen; 2. Streitigkeiten zwischen dem Redakteur und den Mitgliedern zu schlichten; 3. der Redakteurposten kann nur vom Hauptvorstand besetzt werden.“

Bei der Stellungnahme der Generalkommission gegenüber wird nach längerer Diskussion eine Resolution angenommen, welche besagt, daß das bisherige Verhältniß weiter bestehen und die Beiträge bezahlt werden sollen. Ferner wandte sich die Resolution gegen diejenigen Gewerkschaften, welche ihren Verpflichtungen der Generalkommission gegenüber nicht nachgekommen sind, die Früchte der Agitation aber mitgenießen. Auf's Entschiedenste wird das Vorgehen des Vorstandes der Tabakarbeiter-Organisation verurtheilt und die Nothwendigkeit der baldigen Abhaltung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses ausgesprochen.

Hierauf kam die Frage der Arbeitslosenunterstützung zur Sprache. Während einerseits die Durchführbarkeit und der Werth derselben hervorgehoben wurde, wird andererseits die Durchführbarkeit in Anbetracht der augenblicklichen schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse angezweifelt, weil sich die Kollegen nicht dazu verstehen werden, so hohe Beiträge zu zahlen, welche erforderlich sind, um die Mittel aufzubringen, die Arbeitslosen unterstützen zu können. Obgleich man mit wenigen Ausnahmen im Prinzip für Arbeitslosenunterstützung ist, wird dieselbe jedoch in namentlicher Abstimmung mit 14 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Bei Statutenberathung werden wesentliche Beschlüsse nicht gefaßt, nur soll § 3 einen Zusatz erhalten, welcher besagt: daß bei Aussperrungen und Arbeitsentstellungen, welche ein rasches Vorgehen erfordern, die Mitglieder auch ohne vorher eingeholte Einwilligung des Vorstandes unterstützungsberechtigt sind, falls dem Vorstand sofort Mittheilung gemacht wird. Nach § 19 sollen in Zukunft die Kosten der Generalversammlung durch vierteljährliche Extrasteuer von 15 $\frac{1}{2}$ gedeckt werden. Ferner soll im Fachorgan eine besondere Streikrubrik eingeführt werden.

Als Sitz des Vorstandes wurde Hamburg und als Sitz des Ausschusses Braunschweig wiedergewählt. Der Sitz der Preßkommission wird nach Berlin verlegt.

Zweiter Verbandstag des Verbandes der Steinseher (Pflasterer) u. Berufsgenossen Deutschlands.

Halle a./S., 3. und 4. Juni 1895.

Anwesend sind 44 Delegirte, die 53 Orte vertreten, sowie Vertreter des Vorstandes und Ausschusses. Nach dem Bericht des Vorstandes hat der Verband seit dem letzten Verbandstage (August 1892) erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder betrug 1892 in 28 Filialen 1866, während jetzt 2630 Mitglieder in 59 Filialen und 4 Zahlstellen für Einzelmitglieder vorhanden sind. Die Agitation konnte infolge unzureichender Mittel nur in geringem Umfange mündlich betrieben werden. Hauptsächlich wurde dieselbe durch das Fachorgan und den schriftlichen Verkehr betrieben. Zur Erleichterung der Arbeitsvermittlung hat der Zentralvorstand die Mittel zur Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises bewilligt. Von verschiedenen Delegirten wurde diese Einrichtung bekämpft, während sie von anderer Seite verteidigt wurde.

Die Streiks erforderten eine Ausgabe von zirka M. 85000, welche zum Theil vom Auslande und durch andere Gewerkschaften, hauptsächlich aber durch Sammlungen im Verufe aufgebracht wurden. Die Agitation wurde ganz besonders in der letzten Zeit gepflegt und sind viele Städte für den Verein gewonnen worden; es sind jetzt 87 Zahlstellen mit zirka 117 Städten zum Verein herangezogen, bei einem Mitgliederbestand von 4093. Nach dem Klassenbericht hatte der Verein vom 1. Januar 1893 bis 31. Mai 1895 eine Einnahme von M. 68600,34 und eine Ausgabe von M. 63979,17, so daß am 29. Mai d. J. ein Klassenbestand von M. 4621,17 zu verzeichnen war. Für Streiks wurden in derselben Zeit M. 8961,32, für Reiseunterstützung M. 8131,85, für außerordentliche Unterstützung M. 1319,60, für Agitationen M. 1093,60, für die „Gr. Presse“ M. 16302,15, für Verwaltungsmaterial M. 1923,95, für Verwaltungskosten und Reiseunterstützung in den Zahlstellen M. 13030,20, bezahlt.

Aus dem Bericht des Ausschusses war zu entnehmen, daß der Ausschuß eine ziemlich rege Thätigkeit entfaltet hat. In 20 ordentlichen und 17 außerordentlichen Sitzungen hat derselbe seiner kontrollirenden Thätigkeit obgewaltet. Rege Arbeit erforderte besonders die Prüfung der Gesuche um Zustimmung für geplante Streiks.

Nach längerer Debatte wurde den Verwaltungskörperchaften Decharge erteilt. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Arbeitslosen-Unterstützung. Ein Antrag, dieselbe im Verbande einzuführen, war schon im vergangenen Jahre durch Urabstimmung abgelehnt. Obgleich mehrere Delegirte die Einführung dieser Unterstützung warm vertheidigten, wurde dieselbe mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt. An Reiseunterstützung sollen bis zum Höchstbetrage von M. 40 pro Jahr, pro Kilometer 2 M., sowohl an Fuß- als auch an Bahnreisende gezahlt werden.

Der Vorstand und Ausschuß hatten beantragt, aus Zweckmäßigkeitsgründen und um Ersparnisse zu machen, das Fachorgan „Graphische Presse“ nach Berlin zu verlegen. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt, nachdem mehrere Redner dagegen gesprochen hatten. Dagegen wurde ein Antrag, die Organisation der Formenstecher mit dem Verein der Lithographen zu verschmelzen, angenommen und dabei betont, daß außer den Formenstechern und Druckern auch Lichtdrucker, Photographen, Zinkographen, Xylographen, Kupferdrucker, Rotendrucker usw. aufzunehmen seien. Mit 21 gegen 4 Stimmen wird beschlossen, auch Arbeiterinnen aufzunehmen, und soll der Verein künftig den Namen „Verein für graphische Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ erhalten. In einem Nachsatz sollen alle oben erwähnten Branchen angeführt werden. Ein Antrag, Angesichts der drohenden Verschlechterung der preussischen Gesetzgebung den Sitz des Vereins gleich nach Stuttgart zu verlegen, wurde unter Annahme einer Resolution abgelehnt, die besagt, daß dies erst nach Durchführung der Verschlechterung, wenn der fernere Bestand des Vereins wirklich gefährdet erscheine, zu thun sei. Als Sitz des Vorstandes wurde Berlin wiedergewählt, als Sitz des Ausschusses

ebenfalls wieder Nürnberg. Der Vorsitz wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Urabstimmung an Stelle der Versammlung einzuführen, wurde abgelehnt. Die nächste Generalversammlung findet am 1. Juli d. J. statt. Der Vorstand wurde in der bisherigen Stellung zur Generalversammlung hochgehalten; das Verhalten der Tabak-Generalkommission wurde hierbei scharf getadelte. Es wurde ein allgemeiner Gewerkschaftskongress für nothwendig gehalten und wurden als Delegirte für einen solchen die Kollegen Sillie, Werthner = Nürnberg und C. Müller = Nürnberg gewählt.

Schöpke = Berlin giebt Bericht über die Thätigkeit des „Internationalen Comités“; dasselbe seien mit den Kollegen Nordamerikas, Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Oesterreichs u. s. w. schon gepflogen. Die Wahl eines internationalen Vertrauensmannes wurde nicht vorgenommen, sondern der Sache den Kollegen überlassen, welche darnach trachten einen internationalen Kongress einzuberufen. Dem noch beschlossen wurde, daß das Statut mit dem 1. Juli d. J. in Kraft tritt, die nächste Generalversammlung geschlossen.

Fünfte Generalversammlung der Vereinigung aller in der Schmelz- beschäftigten Personen.

Hamburg, 2.—4. Juni

Anwesend sind 20 Delegirte, 2 Vertreter des Vorstandes und je 1 Vertreter des Ausschusses der Preßkommission, sowie der Redakteur des „Bruder Schmie“.

Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes hat der Verein auch in den letzten zwei Jahren mancherlei Widerwärtigkeiten zu kämpfen gehabt, welche einige Zahlstellen dadurch zu Gunsten des Vereins entlassen haben. Die Mitglieder derselben sind entlassen worden. Aber auch seitens der Behörden ist dem Verein die größtmögliche Aufmerksamkeit geschenkt worden.

In Kiel ist die Ortsverwaltung auf die Unterstützung der Mitglieder des Vereins hingewirkt worden, ein Mitgliederverzeichnis einzuzeichnen, wodurch es denjenigen Kollegen, welche in kaiserlichen Werften arbeiten, geradezu unmöglich gemacht wird, wenn sie in die Liste aufgenommen werden wollen, der Ortsverwaltung angehören. Die Ortsverwaltung, die sich weigerte, diesem Verlangen nachzukommen, wofür sie mit einem Strafmandat bedroht wurde. Obwohl auf dieses Strafmandat ein Schöffengericht ein freisprechendes Urteil ergab, wurde die Ortsverwaltung vom Landgericht auch vom Kammergericht kostenpflichtig bedroht. Von den Lohnkämpfen ist besonders der Streik erwähnenswerth. Die von den Kollegen gestellte Forderung war folgende: 1. 10 Stunden Arbeitszeit, 2. M. 18 Minimallohn pro Woche, 3. Kost und Logis außer dem Hause. Dagegen endete jedoch zu Ungunsten der Arbeiter es den Arbeitgebern möglich war, i

Ein Antrag, den Zentralarbeitsnachweis aufzuheben, wurde abgelehnt, und soll derselbe auch ferner eine Institution des Verbandes sein.

Vom 1. Januar 1893 bis 1. Juni 1895 hatte der Verband eine Einnahme von M. 10881,02 und eine Ausgabe von M. 10739,52, so daß ein Staffenbestand von M. 141,50 verblieb. Besondere Ausgaben waren: Fachorgan M. 5801,59, Drucksachen 1314, Agitation 660,75, Porto, Postgeld zc. 460,06, Bureauunterstützung 114,10, Filialunterstützung 139,50, Streifunterstützung 1325, Konferenzunkosten 27,40, Gemahregeltenunterstützung 25, Rechtschutz 61,50, Zurückgezahltes Darlehen 50, Arbeitsnachweis 115,24, Verwaltungskosten (persönliche) 475, Verjämnißenschädigung 107,60.

Dem Hauptvorstand sowohl als auch dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Der Vertreter des Verbandsausschusses berichtet, daß dieser keine Gelegenheit gehabt, wegen Beschwerden über die Geschäftsführung des Zentralvorstandes einzuschreiten. Er giebt jedoch dem Wunsche Ausdruck, daß in Zukunft im Fachorgan nicht so viel über Berliner lokale Angelegenheiten berichtet werden möge. Auch dem Ausschuss wird Decharge erteilt. Der Bericht der Delegirten über den Stand der Organisation bot theilweise ein wenig erfreuliches Bild; namentlich in der Provinz Sachsen sähe es noch trübe aus, dieselbe sei „schwärzer als Oberschlesien“. Ueber die Lohnbewegungen im Verbandslande wird berichtet, daß man im Ganzen Veranlassung hätte, mit den Erfolgen der gewerkschaftlichen Thätigkeit in dieser Beziehung zufrieden zu sein. Namentlich das Jahr 1894 müsse als ein sehr günstiges für den Verband bezeichnet werden. Zu tabeln sei, daß in vielen Fällen die Sperre verhängt wird, ohne daß vorher auch nur oberflächlich geprüft würde, ob es auch möglich sei, dieselbe gegen die am Orte beschäftigten Berufsgenossen durchzuführen. Die Sperre sei eine gute Waffe, jedoch solle man sich hüten, dieselbe durch leichtfertigen Gebrauch abzumutzen und wirkungslos zu machen.

Hierauf gelangte zunächst der Punkt: „Stellungnahme zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, zur Verhandlung. Wieje-Hamburg erklärt, früher ein unbedingter Anhänger derselben gewesen zu sein, kann sich jedoch jetzt nicht mehr dazu entschließen, den Anschluß zu empfehlen. Redner empfiehlt, erst den nächstjährigen Gewerkschaftskongress abzuwarten und dann die Frage betreffs des Anschlusses zu entscheiden. Reinkes-Stettin plädirt für den Anschluß. Der Antrag Wieje wird angenommen. Hierauf folgte Statutenberathung. Eine sehr lebhafte und ausgedehnte Debatte entpinnt sich bei § 2. Die Fassung desselben war früher eine derartige, daß es gestattet war, die Berufsgenossen (ungelernte Arbeiter) auf die Bildung besonderer Filialen zu verweisen, während der Zentralvorstand eine Fassung beantragt, wonach dies in Zukunft ausgeschlossen sein soll. Zugleich lag ein Antrag der Filiale Berlin II vor, welcher die Verschmelzung der in Berlin und Königsberg i. B. bestehenden zwei Filialen verlangt. Beide Anträge wurden angenommen. Die Beitragspflicht wurde von 32 Wochen auf 36 Wochen im Jahr (pro Woche 15 $\frac{1}{2}$)

erhöht. Mehrere Anträge auf 40 Wochen abgelehnt. Des Weiteren wurde beschloffen wegen rückständiger Beiträge aus dem W. Geschiedene bei einem etwaigen Wiedereintritt dem statutarischen Eintrittsgelde noch den für 13 Wochen zu zahlen haben. Eine durchg. Aenderung erlitten die Bestimmungen, betreffend Unterstützungen aus dem Verbandslande. Während dieselben früher nur aus den Filialkassen gewährt wurden, können dieselben jetzt auch aus der Kassenschatz gewährt werden. Die Reiseunterstützung überhaupt aus der Zentralkasse bestritten. Auf Unterstützung hat jedoch nur Derjenige Anspruch, seit mindestens drei Monaten dem Verband angehört und für diese Zeit seine Beiträge entrichtet hat. Eine Ausnahme hiervon wird bei Jungemachtem gemacht, welche sofort nach Beendigung ihrer Ausbildung dem Verbandslande beitreten.

Betreffs Abgrenzung der Filialen wurde beschlossen, daß da, wo die Zahl der dem Verband beitreten Personen nach Ansicht derselben Aufrechterhaltung einer Filiale nicht genügt, die Filiale dem Verbandslande als Einzelmitglieder beitreten. Es sollen dadurch Maßregelungen verhindert werden.

Betreffs der an die Hauptkasse abzuführenden Gelder wurde beschloffen, daß statt bis zum 1. Drittel der Einnahmen an Beiträgen = 20 $\frac{1}{2}$ pro Jahr, in Zukunft M. 2,20 pro Jahr abzuführen sind.

Ein neuer Paragraph „Abstimmung“, ohne Debatte genehmigt. Betreffs des Beitrags wurde beschloffen, daß Filialen bis zu 100 Mitgliedern (früher 70) einen Delegirten entsenden haben. Größere Filialen können für weitere angefangene 100 noch je einen Delegirten entsenden.

Beim Punkt „Streifreglement“, zu welchem mehrere Anträge vorlagen, gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Bildung von Streifen empfiehlt, um für kommende Streiffälle zu sein.

Alsdann gelangte ein vom Zentralvorstand vorge schlagenes Reglement für Reiseunterstützung mit einigen kleinen Aenderungen zur Annahme.

Betreffs des Fachorgans wurde beschloffen, daß dasselbe auch fernerhin Privateigenthum des Verbandsgebers bleibt. Besondere Wünsche wurden geäußert.

Des Weiteren wurde auf eine Anregung der Filiale Erfurt ein Antrag angenommen, wonach es den benachbarten Filialvorständen zur Pflicht gemacht, untereinander und mit dem Zentralvorstand einen regen schriftlichen Verkehr zu pflegen. Eine geregelte, planmäßige Agitation anzubringen. Ein Antrag Berlin I, betreffend Errichtung eines Unterstützungs fonds zur Unterstützung bei Todesfällen, wurde, trotz wärmster Befürwortung abgelehnt. Bei der Wahl des Zentralvorstandes wurden von vier Seiten Anträge auf Auflösung des Verbandsvorsitzenden gestellt. Antragsteller führt aus, daß es schon physisch unmöglich sei, daß eine Person die Verwaltung der Geschäfte leite, die Redaktion des Fachorgans besorge und dann noch seinem Berufe als Streifen nachgehen solle. Außerdem diene diese Person erster Linie als Zielscheibe für die Angriffe

Unternehmerthums, und dem müsse im Interesse des Verbandes vorgebeugt werden. Der Antrag auf Befolgung des Vorgesetzten wurde denn auch einstimmig angenommen. Das Gehalt desselben wurde auf M. 1000 pro Jahr festgesetzt und ihm außerdem für seine Thätigkeit als Redakteur des Fachorgans M. 400 pro Jahr zugesprochen. Als Verbandsvorsitzender wurde Knoll-Berlin einstimmig wiedergewählt. Alle übrigen Verbandsvorstandsmitglieder werden am Sitz des Zentralvorstandes gewählt. Weiter wurde beschlossen, das Protokoll des Verbandstages in Broschürenform erscheinen zu lassen, und sind die Filialen

verpflichtet, eine der Mitgliederzahl entsprechende Anzahl Exemplare abzunehmen. Das Statut tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Eine längere Debatte entspann sich noch über die Frage, wo die nur vorübergehend beschäftigten Verbandsmitglieder ihre Beiträge zu entrichten haben, ob am Ort ihrer Beschäftigung oder an ihrem Wohnsitz. Es wurde beschlossen, daß, falls die Betreffenden alle Sonnabende oder wenigstens alle 14 Tage nach Hause reisen, die Beitragszahlung am Wohnort zu geschehen habe, sonst am Ort der Beschäftigung. Hierauf erfolgte Schluß des Verbandstages.

Die Thätigkeit des Hamburger Gewerkschaftskartells von 1891—1894.

Das Kartell wurde im Januar 1891 gegründet und setzt sich aus Vertretern, die in den Mitgliederversammlungen der angeschlossenen Organisationen gewählt sind, zusammen. Die Hamburger Polizeibehörde wollte in dem Kartell trotz dieser Art der Zusammensetzung einen Verein erblicken und verlangte von dem Kartellvorsitzenden die Erfüllung der für Vereine bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Der Vorsitzende weigerte sich, diesem Verlangen nachzukommen und erhielt ein Strafmandat, gegen welches gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Oberlandesgericht, als höchste Instanz, entschied, daß das Kartell kein Verein sei und erkannte auf Freisprechung. Auch anderweitig erfreute sich das Kartell der Obhut der Behörde und nahm Veranlassung, gegen Maßnahmen derselben zu protestieren, die nach dem Wortlaut des Vereinsgesetzes nicht zulässig waren. So die Forderung, die Versammlungen um 12 Uhr Nacht zu schließen und die Tagesordnung bei der Anmeldung detaillirt anzugeben. Die letztere Beschwerdeführung hatte insofern Erfolg, als von dem Polizeichef Mitteilung einging, daß von dieser Detaillirung in Zukunft abgesehen werden solle. Dagegen waren die Bemühungen, die erstere Praxis zu beseitigen, bisher erfolglos, und ist neuerdings nochmals ein dießbezüglicher Versuch gemacht worden, der aber noch zu keinem endgültigen Resultat geführt hat.

Von den Streiks, welche seitens des Kartells in den Jahren 1891—94 unterstützt wurden, sind besonders zu erwähnen: Die Aussperrung der Tabakarbeiter im Winter 1890/91, an der ca. 3000 Personen theilhaftig waren. Das Kartell beschloß, zur Unterstützung der Ausstehenden ein Darlehen aufzunehmen und wurden den Tabakarbeitern M. 87000 überwiesen. Das Darlehen sollte durch Beiträge aufgebracht werden, die von den Mitgliedern der zum Kartell gehörenden Organisationen zu zahlen waren, und wurden diese Beiträge auf M. 3,60 pro Mitglied festgesetzt. Der Ausstand dauerte 16 Wochen und erforderte eine Ausgabe von M. 400000. Der Streik der Buchdrucker wurde durch vom Kartell veranstaltete Sammlungen unterstützt, die den Betrag von M. 12662,25 ergaben. Die Buchdrucker selbst brachten M. 4199,40 und sonstige Vereine zc. in Altona, Ottenjen, Wandstedt u. a. D. M. 8815,06 auf, so daß die freiwilligen Beiträge für diesen

Ausstand M. 25676,71 betragen. Der Ausstand, der zu Ungunsten der Arbeiter verlief, erforderte für Hamburg eine Ausgabe von M. 72000, wovon der Verband M. 52000 lieferte. M. 4855 wurden an die Hülfсарbeiter in Buchdruckereien, M. 350 an die Lübecker Buchdrucker zur Unterstützung abgegeben.

Die Brauer geriethen wiederholt mit ihren Arbeitgebern in Differenzen. Ein im Februar 1892 ausgebrochener partieller Streik führte zu einem für die Brauer äußerst günstigen Ausgang. Der Streik dauerte 7 Wochen und erforderte eine Ausgabe von M. 3981, wovon M. 3496 durch Sammellisten am Orte aufgebracht wurden. Differenzen, welche im August 1892 zwischen den Brauern und den mittlerweile gleichfalls organisirten Brauereibesitzern ausbrachen, führten zu einer allgemeinen Aussperrung der Brauer. Der Ausbruch der Cholera-Epidemie ließ die ganze Angelegenheit im Sande verlaufen.

Die Korbmacher führten 1893 einen erfolgreichen Streik durch, der neun Wochen dauerte und eine Ausgabe von M. 10925 erforderte, wovon das Gewerkschaftskartell M. 3304 aufbrachte.

Die Schuhmacher (Pantoffelmacher) führten 1894 einen erfolglosen partiellen Streik, der M. 758 an Ausgaben erforderte. Obgleich die organisirten Arbeiter Hamburgs durch die Kämpfe im Jahre 1890/91 und die Cholera-Epidemie finanziell sehr belastet waren, wurde doch versucht, auch auswärtige Streiks zu unterstützen. Den Bergarbeitern im Ruhr- und Saarrevier wurden M. 3676, und den französischen Bergarbeitern M. 1999 überwiesen. Ferner wurden unterstützt: Weber in Großenhain mit M. 700, Seiler in Schlotheim M. 241, Brauereiarbeiter in Berlin M. 1300, Brauereiarbeiter in Braunschweig M. 600 und Glasarbeiter in Oldenburg M. 300. Das Kartell beschloß im Juli 1894, daß eine Unterstützung der auswärtigen Streiks nur dann erfolgen soll, wenn die Zentralkasse der betreffenden Organisation erschöpft ist. Die auswärtigen Streiks entziehen sich der Kontrolle und würde deren Unterstützung die Thätigkeit der Zentralvereine beeinträchtigen. Das Kartell hätte aber in erster Linie Aufgaben lokaler Natur. Agitation wurde unter den Pferdebahnarbeitern, den Kellnern, den Zivil-Verufsmuskern und den Handlungsgehülfen betrieben, resp. deren Organisationsbestrebungen

Mitgliederzahl			
	1892	1893	1894
35	9167	9192	7806
58	650	700	706
60	671	337	167
50	—	—	—
70	—	—	—
00	—	—	—
50	—	—	—
00	—	—	—
70	—	—	—
	50	53	59
	—	—	30
	162	185	162
	425	460	300
	100	100	96
	—	—	10
	20	25	30
	190	200	195
	96	106	98
	300	—	—
	—	120	120
	—	40	40
	—	60	40
	73	66	70
	—	—	—
	1600	1500	975
	—	—	—
	—	—	—
	—	—	—
	—	—	50
	—	—	—
	820	840	860
	61	48	57
	26	22	22
	20	100	26
	—	—	40
	250	120	80
	—	—	—
	80	75	—
	—	—	—
	—	0	70
	—	—	—
	20	22	22

14781 | 12865 | 11021
 richtet. ¹ Seit 1894
 anisation der Leder-
 1892 Metallarbeiter-
 1894 vom Verband

men. Die erste
 schaftskartell mit
 artei, die letzte
 rtells aufgenommen
 4 Personen, von
 an der Statistik.
 onen, von denen
 und 1892 die Be-
 wurde 1894
 einen Theil der
 len wurden die

von dem Kartell aufgestellte Kandidaten der Arbeit-
 nehmer ohne Gegenkandidaten gewählt.

In der letzten Zeit wurde im Kartell über die
 Gründung einer Zentralherberge, eines Gewerkschaftsbureaus und eines Arbeitsnachweises be-
 rathen, doch sind praktische Resultate auf diesen
 Gebieten noch nicht erzielt und warten die Fragen
 noch ihrer Erledigung.

Die Stärke der Organisationen ergibt sich
 aus der S. 6 stehenden Tabelle. Für die Jahre
 1893 und 1894 ist die Zahl der Mitglieder nach
 der Zahl der geleisteten Beiträge berechnet,
 während die Zahlen für 1891 und 1892 sehr un-
 zuverlässig sind. Der Rückgang in den Organi-
 sationen ist ein enormer, doch findet er seine Er-
 klärung in der durch Beendigung der Zollanschluß-
 bauten und der Cholera-Epidemie hervorgerufenen
 Arbeitslosigkeit. Die großen Anforderungen, die
 an die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter in
 den letzten Jahren gestellt sind, wüßten einen Theil
 derselben muthlos gemacht und sie veranlaßt haben,
 der Organisation den Rücken zu kehren.

Vom 20. Februar 1891 bis zum 10. Juli 1893
 hatte das Kartell eine Gesamteinnahme von
 M. 97 262,41 und eine Ausgabe von M. 97 250,52,
 so daß ein Kassenbestand von M. 11,89 verblieb.
 Die bedeutendsten Einnahmeposten waren:

Sammlungen für die Ausgesperrten	
Hamburgs 1891.....	M. 44 796,61
Maisons 1891.....	" 21 098,10
Maisarten 1891.....	" 3 963,30
Darlehen.....	" 20,000,—
Sammlung zu den Gewerbegerichts- wahlen 1892.....	" 4 294,55
Beiträge der Gewerkschaften.....	" 2 954,40

Als Ausgaben sind angegeben:

Tabakarbeiterausperrung.....	M. 87 000,—
Zinsen und Prolongation.....	" 3 077,30
Druckfachen.....	" 1 919,80
Pferdebahnarbeiter 1892.....	" 200,—
Saalmiethen.....	" 75,—
Arbeitslosenversammlungen.....	" 31,40
Gerichts- und Prozeßkosten.....	" 234,95
Bücher, Schreibmaterialien zc.....	" 54,30
Porti.....	" 62,70

Reisepesen 1892.....	M. 39,20
Unkosten der Brauerkommission 1892.....	" 35,80
Kommissionsitzungen, Verwaltungs- unkosten und Revisionen.....	" 437,59
Arbeitslosenstatistik 1892.....	" 1 163,83
Gewerbegerichtswahlen 1892.....	" 2 869,25

Vom 10. Juli 1893 bis zum 31. Dezbr. 1894
 war eine Einnahme von M. 18 284,68 und eine
 Ausgabe von M. 16 119,52 zu verzeichnen und
 verblieb ein Kassenbestand von M. 2 165,16. In
 den Einnahmen stehen:

Beitrag der Gewerkschaften.....	M. 3 155,10
Maisfeier 1893.....	" 2 592,36
Maissteuer 1894.....	" 1 507,04
Für Referenten.....	" 222,20
Sammellisten für Streiks.....	" 10 676,99
Ausgaben waren: An die Volksbank (in Darlehnsfachen).....	" 4 980,—
Honorar für Rechtsanwälte.....	" 321,65
Streikunterstützung nach auswärtig.....	" 8 494,24
Agitation unter den Handlungs- gehülfen.....	" 100,—
Portoauslagen der Gewerbegerichts- beisitzer.....	" 21,33
Saalmiethen.....	" 69,—
Druckfachen inkl. Flugblatt.....	" 769,50
Unkosten der Verbreitung d. Boykott- Flugblattes.....	" 35,25
Annoucen.....	" 377,80
Unkosten d. Arbeitslosenversammlungen.....	" 25,15
Remuneration an den Kassirer.....	" 50,—
Unkosten der Kartellkommission:	
a) persönliche.....	" 250,75
b) sachliche.....	" 86,95
Arbeitsentschädigungen.....	" 57,—
Referenten.....	" 463,25
Unkosten für die Petition der Bau- handwerker.....	" 17,60

In dem Bericht ist in Aussicht gestellt, die
 gewerkschaftliche Bewegung in Hamburg von 1885
 an in einer besonderen Arbeit darzustellen und
 dürfte diese wesentlich zum Verständniß der Vor-
 gänge der letzten Jahre, der verloren gegangenen
 Streiks und Ausperrungen und des Rückgangs
 in der Bewegung beitragen.

Städtische Arbeitsnachweise.

Die „Allgemeine Arbeitsnachweis-Anstalt“ in
 Freiburg i. B. veröffentlicht einen Bericht über
 die Thätigkeit im Jahre 1894, dem wir die nach-
 stehenden allgemein interessanten Daten entnehmen.

Die Anstalt wurde im Jahre 1892 errichtet
 und sollten die Gewerkschaftsorganisationen von
 einer Theilnahme an der Verwaltung ausgeschlossen
 sein. Ja man glaubte, in der Anstalt ein Boll-
 werk gegenüber den Fachvereinen geschaffen zu
 haben. Auf die Vorstellungen des Gewerkschafts-
 kartells hin wurden jedoch zwei Vertreter desselben
 mit vollem Stimmrecht zugelassen. Dieser Erfolg
 der Beschwerdeführung dürfte wesentlich darauf
 zurückzuführen sein, daß die gewerkschaftlich organi-
 sirten Arbeiter die Majorität in der Verwaltung
 der Ortskasse haben.

Die Anstalt beschränkte ihre Thätigkeit nicht
 nur auf die Vermittelung der Arbeit für indu-
 strielle Arbeiter, sondern besorgte dieselbe auch für
 Diensthöten und landwirthschaftliche Arbeiter. In
 dem Bericht wird hauptsächlich über die Beschwerlich-
 keit dieser Arbeitsvermittlung geklagt.

Die Vermittelung geschieht leider nicht un-
 entgeltlich, doch wird in dem Bericht gesagt, daß
 die Großherzogtl. Badische Regierung finanzielle
 Unterstützung der Arbeitsnachweis-Anstalten des
 Landes für 1896 zugesagt habe und somit vielleicht
 schon im Jahre 1895 wenigstens für die Arbeit-
 nehmer die Vermittelung unentgeltlich erfolgen
 kann. Die Einnahmen beliefen sich auf M. 6479,89,
 darunter aus Gebühren M. 3686,—; die Ausgaben
 für Verwaltung zc. beliefen sich auf M. 5631,41.

Organisation	Mitgliederzahl				Organisation	Mitgl	
	1891	1892	1893	1894		1891	1892
1. Barbieri	80	40	40	60	43. Steinseger	12735	916
2. Bäcker	150	66	47	126	44. Bauarbeiter	558	65
3. Konditoren	—	40	60	44	Erd- u. Zimmerarbeitsl.	560	67
4. Bildhauer	120	100	90	73	Klempnerarbeitsleute	350	70
5. Böttcher	400	400	404	378	Vereinigte Lokalverbände	—	—
6. Brauer	64	200	100	100	b. Schlosser u. Maschinen-	—	—
7. Buchdrucker	1011	790	800	800	bauer Hamburgs	600	—
8. Lithographen u. Steinbr.	160	118	118	125	Metall- und Eisendreher	150	—
9. Hilfsarb. im graph. Gew.	113	80	80	80	Gelbgießer	150	—
10. Buchbinder	200	170	170	180	Klempner-Fachverein	600	—
11. Fabrikarbeiter (Fachverein)	175	—	—	—	Mechaniker	70	—
12. Verband der Fabrikarb. zc.	—	—	—	—	45. Metallarbeiter-Verband	—	—
Zahlstelle Hamburg	—	200	450	500	Sektion:	—	—
" Barmbed	—	96	280	310	Schlosser u. Maschinen-	—	—
" Rothenburgsort	—	48	105	115	bauer, Barmbed	—	50
" Eppendorf	—	—	72	—	Schlosser u. Maschinen-	—	—
" Hamm, Eibed.	—	—	—	40	bauer, Eimsbüttel	—	—
13. Handlungsgehülften	—	30	40	55	Schlosser, Dreher u. Ma-	—	—
14. Hausknechte u. Kontorb.	160	200	200	200	schinemb., Hamburg	—	162
Kutscher	100	80	60	60	Klempner	—	425
15. Taxameterkutscher	—	—	—	40	Gelbgießer und Gürtler	—	100
16. Korbmacher	125	87	148	108	Feilenhauer	—	—
17. Kürschner	95	78	88	68	46. Gold- und Silberarbeiter	30	20
18. Kellner	400	446	484	490	47. Maschinenist v. 1887, staat-	—	—
19. Sutmacher	—	46	42	40	lich geprüft.	—	190
20. Lohgerber	100	—	60	90	48. Former	100	96
21. Weißgerber } Leberarb. ²	38	40	60	90	49. Schmiede	500	300
22. Müller	50	—	—	50	Zahlstelle*) Hamburg	—	—
23. Muffler	—	192	246	200	" Barmbed	—	—
24. Sattler und Tapezierer	100	80	94	100	" Rothenburgsort	—	—
25. Tapezierer	140	150	120	61	50. Kupferschmiede	70	73
26. Schiffszimmerer	630	424	351	400	Steinf. u. Mobilientransp.	60	—
27. Schneider	1200	460	445	450	51. Seeleute	700	—
28. Schuhmacher	500	243	—	—	52. Holzarbeiter-Verband	—	1600
Zahlstelle*) Hamburg	—	—	186	190	Fischer	1800	—
" Barmbed	—	—	36	29	Drechsler	210	—
29. Zigarrensortierer	—	130	145	135	Stellmacher	150	—
30. Labarbeiter	400	—	—	—	Bürsten- u. Pinselmacher	29	—
Zahlstelle*) Hamburg	—	—	195	195	Ristenmacher	100	—
" Eimsbüttel	—	—	134	140	53. Werftarbeiter	400	—
" Barmbed	—	—	90	91	3200	—	—
31. Bergolder	83	45	55	50	54. Verband der Werft- und	—	—
32. Textilarb., Polamentiere	50	50	35	30	Hafenarbeiter	—	—
33. Gärtner	234	—	—	—	Sektion: Auarbeiter	—	820
34. Maurer	3000	2312	1641	450	Speicherarbeiter	—	61
35. Zimmerer	1400	800	750	536	Maschinenist	—	26
36. Maler, Filiale I.	600	352	229	300	Ewerführer	—	20
" " II Schiffsm.	60	—	—	—	Waggerer	—	—
" " III Ladierer	60	50	45	38	Schiffsreiniger	—	250
37. Stukkateure	60	55	30	30	Schauerleute	—	—
38. Gipser	200	112	30	—	Werftarbeiter	—	80
39. Dachbeder	—	—	—	12	55. Schlachter	—	—
40. Töpfer	130	323	230	60	56. Zentralverein der Frauen	—	—
41. Glaser	50	39	37	37	und Mädchen	—	—
42. Steinhauer	110	—	—	—	Weiß- u. Handnäherinnen	70	—
Marmorarb. } Steinarb. ³	123	—	130	140	57. Blätterinnen	25	20
	64	—	—	—			
Latus	12735	9167	9192	7806	Summa	23287	14781

Bemerkungen. *) Die Zahlstellen der betreffenden Organisationen wurden erst später errichtet. Verein aller im Transport und Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter. ² Seit 1892 in die Organisation der Arbeiter verschmolzen. ³ Seit 1892 Organisation der Steinarbeiter. ⁴ Verband der Bauarbeiter. ⁵ Seit 1892 Marmorarbeiter. ⁶ Seit 1892 Holzarbeiter-Verband. ⁷ Seit 1894 wieder selbstständige Organisation. ⁸ Seit 1894 v. d. Hafenarbeiter wieder getrennt.

unterstützt. Der Erfolg war jedoch zum Theil sehr geringfügig. Der Versuch, die Pferdebahnarbeiter zu organisiren, scheiterte.

Die Arbeitslosigkeit hat in Hamburg seit 1890 eine bedenkliche Höhe erreicht, und versuchte das Gewerkschaftskartell, theils durch Arbeitslosenversammlungen, theils durch Aufnahme von Arbeitslosenstatistiken die Behörden zur Abhülfe des Nothstandes zu veranlassen. Es fanden zwölf Arbeitslosenversammlungen statt, von denen einige von zirka 5000 Personen besucht waren. Im Oktober 1892 und im Februar 1894 wurden

Arbeitslosen-Statistiken aufgenommen. Statistik wurde von dem Gewerkschaftskartell mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei, von der Partei mit Hilfe des Kartells aufgenommen. 1892 theilhaftigten sich 18824 Personen 4893 arbeitslos waren, an der 1894 theilhaftigten sich 53756 Personen, 18881 arbeitslos waren. Während 1892 sich völlig passiv verhielten, wurde wenigstens der Versuch gemacht, einen Arbeitslosen zu beschäftigen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen wurden

Die Anstalt hat Filialen in Altbreisach, Müllheim und Waldshut und vermittelt auch Arbeit für die von Auswärts sich Meldenden. So sind 1208 Meldungen aus den deutschen Bundesstaaten und 166 Meldungen vom Ausland gekommen, darunter 1119 resp. 159 von Arbeitnehmern.

Aus den in den beiden nachstehenden Tabellen angegebenen Zahlen läßt sich kein Schluß dahin ziehen, wie lange der Einzelne warten mußte, ehe

ihm Arbeit zugewiesen werden konnte. Auch die in dem Berichte gegebene Monatsstatistik läßt dieses nicht erkennen, da nur im November und Dezember Arbeitnehmersuche als „noch offen“, in den übrigen Monaten aber eine größere Zahl als „erledigt resp. gestrichen“ bezeichnet werden. Das Fehlen näherer Angaben läßt es nicht zu, über den Umfang und die Dauer der Arbeitslosigkeit Bestimmtes zu sagen.

Gesamtiübersicht über die Arbeitsvermittlung im Jahre 1894.

Abtheilungen	Arbeitgeber	Davon befriedigt	Erledigt resp. gestrichen	Noch offen	Arbeitnehmer	Davon befriedigt	Erledigt resp. gestrichen	Noch offen
A. Männliche Abtheilung . . .	2327	1949 = 84 ⁰ / ₀	366	12	2884	2054 = 71 ⁰ / ₀	793	37
B. Weibliche . . .	1521	1298 = 85 ⁰ / ₀	214	9	1492	1319 = 88 ⁰ / ₀	170	3
C. Lehrlings-Vermittlung . . .	134	69 = 51 ⁰ / ₀	61	4	141	78 = 55 ⁰ / ₀	55	8
D. Filialen	67	36 = 54 ⁰ / ₀	19	12	31	12 = 39 ⁰ / ₀	8	11
Gesamtsumme	4049	3352 = 83⁰/₀	660	37	4548	3463 = 76⁰/₀	1026	59

Im Ganzen 8597 eingeschriebene Gesuche
davon befriedigt 6815 = 79⁰/₀

verbleiben 1782 = 21⁰/₀ sonst erledigte bezw. noch offene Gesuche.

Arbeitsvermittlung für die einzelnen Berufe.

(Die Resultate der Filialen sind mit eingerechnet.)

Im Jahre 1894 wurden eingeschrieben	Gesuche von		Im Jahre 1894 wurden eingeschrieben	Gesuche von	
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer		Arbeitgeber	Arbeitnehmer
A. Männliche Abtheilung.					
1. Für gelernte Berufe.			2. Für ungelernete Berufe.		
Bäcker	9	15	Steinhauer	19	13
Bauzeichner	1	1	Tapezierer, Dekorateur	12	23
Bierbrauer, Mälzer	5	7	Uhrmacher	3	6
Bildhauer	4	4	Wagner	42	45
Mechaner	86	113	Biegler	2	2
Buchbinder	23	27	Zimmerleute	76	68
Buchdrucker	2	6	2. Für ungelernete Berufe.		
Bürstenholzbohrer	6	8	Haus- und Zapfburschen, Hausknechte	149	188
Bürstenmacher	4	5	Ausläufer, Eintastler	60	85
Conditoren	4	5	Krankenwärter	4	4
Drechsler	27	24	Kutscher, Fahrbuschen, Vereiter	64	100
Färber	3	3	Diener	16	30
Friseure	36	50	Knechte, Melker und landwirthschaftl. Arbeiter	287	357
Gärtner	20	27	Bäcker, Magazinier	3	5
Gerber	4	1	Heizer, Bortiers, Aufseher	18	22
Gießer	1	1	Fabrikarbeiter	13	24
Glasler	46	47	Tageelöhner, Erdarbeiter	182	230
Gipser	10	12	Bertrauensposten	—	9
Hafner	5	2	Summa	2382	2909
Kaufleute	2	9	B. Weibliche Abtheilung.		
Kellner, Köche	16	22	Mädchen für Alles	910	883
Kübler, Küfer	58	61	Privat-Köchinnen	105	117
Kupferschmiede	5	6	Restaurant-Köchinnen	43	42
Lithographen, Steindrucker	2	2	Kindermädchen	72	72
Maler, Anstreicher, Vergolder	109	111	Kindersfrauen, Erzieherinnen	6	6
Maurer	21	28	Zimmermädchen für Private	98	90
Mechaniker, Elektrotechniker	46	62	do für Hôtels	18	26
Metzger, Wurster	1	4	Küchenmädchen	93	83
Müller	16	29	Haushälterinnen	10	7
Säger	25	32	Mädchen für Landwirthschaft	17	14
Sattler	26	45	Krankenwärterinnen	1	2
Schlosser	75	105	Kellnerinnen	42	40
Schmiede	83	82	Wasch- und Stundenfrauen	39	27
Schneider	120	137	Labnerinnen	12	9
Schreiner	339	406	Mädchen zum Anlernen	54	72
Schuhmacher	188	197	Gewerbliche Arbeiterinnen	9	6
Seiler	2	1	Summa	1529	1496
Seffelmacher	2	1			

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.